

Hartz IV oder die Liebe zur Gerechtigkeit

Von

Heiner Flassbeck

WuM, September 2004

Hartz IV könnte in späteren Zeiten einmal zum Symbol werden für den Untergang der modernen Sozialdemokratie, jener Sozialdemokratie also, die sich zum Ziel gesetzt hatte, die alten Zöpfe abzuschneiden und das zu tun, was in den modernen Zeiten der globalisierten Wirtschaft notwendig und unumgänglich ist. Zwar sind schon Hartz eins bis drei kein rauschender Erfolg gewesen und eine kalter Schlag im Hinblick auf die politische Stimmung für die sozialdemokratische Partei, aber das war wohl nur ein leiser Windhauch gegen das, was der ältesten Partei Deutschlands bevorsteht, wenn sie ihre Pläne zur Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld zum sog. Arbeitslosengeld II verwirklicht.

Im Einzelnen ist gar nicht so leicht zu verstehen, warum die Aufregung um diese in mancher Hinsicht durchaus konsequente Reform so groß ist. Sie trifft aber offenbar einen Nerv, dessen genaue Lage und dessen überragende Bedeutung für das politische Bewusstsein der Bürger den Regierenden überhaupt nicht bewusst war. Dieser Nerv wurzelt offenbar in der Angst, dass, zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, die soziale Absicherung vor Hunger und Kälte, die der Staat allen bietet, nicht nur für „die anderen“ da ist, sondern für jeden relevant werden kann.

Sozialhilfe war in der Tat für viele Bürger etwas, das man akzeptierte, das man anerkannte als den Versuch des Staates in einer reichen Gesellschaft, denen, die, aus den unterschiedlichsten Gründen, an den Rand gedrängt waren, vor dem endgültigen Absturz zu bewahren. Zwar wurde seit langem beklagt, dass allzu viele das System ausnutzen und irgendwann keine Anstrengungen mehr unternehmen, in die Normalität des Bürgertums mit geregelter Arbeit und festem Wohnsitz zurückzukehren. Der normale Bürger aber, derjenige, der sich nichts zu schulden kommen ließ, der fleißig und ordentlich war, der geriet praktisch nie in die Gefahr, dauerhaft von staatlichen Leistungen abhängig zu sein und sein Vermögen angreifen zu müssen, um über die Runden zu kommen.

Das einzige große Risiko des Normalbürgers war die unverschuldete Arbeitslosigkeit. Wenn ein mittelständischer Betrieb Pleite machte, konnte auch der Fleißigste nichts dagegen tun, dass er vorübergehend den Staat in Anspruch nehmen musste. Doch dagegen hatte er sich versichert. Er hatte 20 oder gar 30 Jahre lang in die Arbeitslosenversicherung einbezahlt, also hatte er auch einen Anspruch darauf, Hilfe für die schwierige Übergangszeit zu erhalten. Die Wahrscheinlichkeit, länger als ein Jahr arbeitslos zu werden war über Jahrzehnte sehr gering, doch selbst dann war die Arbeitslosenhilfe eben noch lange keine Sozialhilfe, noch kein automatischer gesellschaftlicher Abstieg, noch nicht der Offenbarungseid gegenüber dem Staat, obwohl auch da schon Vermögensteile und andere Einkommen geprüft und angerechnet wurden.

Nun, mit dem großen Reformwerk der Sozialdemokraten, droht der gesellschaftliche Abstieg, der Offenbarungseid, ganz vielen. Wer die berühmten dreißig Jahre eingezahlt hat, steigt schon nach einem Jahr in der Arbeitslosigkeit unweigerlich ab in die unterste Klasse der Gesellschaft, erhält 345 Euro pro Monat, kann sich vielleicht noch eine Weile durch massiven

Einsatz des Angesparten den Anschein der Bürgerlichkeit geben, bevor der tiefe Absturz kommt. Das ist in den Augen der Menschen zutiefst ungerecht, weil sie nichts dagegen tun können. Selbst die, die fleißig und eifrig sind, können sich nicht dagegen wehren. Nach vielen Jahren hoher Arbeitslosigkeit weiß jeder, dass ein Jahr ohne Job nichts Besonderes ist, dass es jeden treffen kann, ganz gleich, ob normaler Bürger oder nicht.

Hier beginnt die große Lebenslüge der modernen Sozialdemokraten. Hartz IV wie die gesamte Hartz-Arie waren auf der Annahme aufgebaut, es gebe da draußen Jobs in Hülle und Fülle, man müsse sie nur wollen und die „Anreize“ vergrößern, auch weniger gute Jobs anzunehmen. Sie haben sich einen gewaltigen Bären aufbinden lassen. Von mehr als einer Million offenen Stellen wurde 2001 gefaselt, die man nur aktivieren müsse, um in Deutschland das Wachstum anzufeuern. Nach drei Jahren Stagnation und schwachen Aussichten für das vierte Jahr, ist diese Vorstellung geradezu lächerlich. Trotz Umbau an Haupt und Gliedern ist es der Bundesanstalt für Arbeit, die sich jetzt „Agentur“ nennt, nicht gelungen, die Zahl der offenen Stellen auch nur konstant zu halten. Seit der konjunkturellen Wende zum Schlechteren ist die Zahl der bei dieser Agentur zur Verfügung stehenden offenen Stellen von über 500 000 auf zuletzt 284 000 kontinuierlich gefallen.

Während sich also die Zahl der offenen Stellen tatsächlich der Nulllinie nähert, propagiert die Sozialdemokratie eine Politik, die darauf basiert, dass nicht die offenen Stellen das Problem sind, sondern die Bereitschaft der Arbeitslosen, die reichlich vorhandenen Stellen zu besetzen. Da gibt es nichts drum herum zu reden: Diese Politik ist einfach falsch, weil ihr jede ökonomische Grundlage fehlt. Das spürt der Bürger und folglich findet er sie ungerecht. Doch hier geht es nicht um die wohlfeile soziale Ungerechtigkeit, die von der Linken üblicherweise lauthals beklagt und von der Rechten als schlichter Ausdruck von Neid abgetan wird. Hier geht es um etwas viel fundamentaleres. Hier geht es um die Frage, ob der moderne Staat seinem Bürger mit Androhung des sozialen Absturzes etwas abverlangen kann, was dieser auch beim besten Willen nicht einzubringen in der Lage ist, weil der Staat in Sachen Wirtschaftspolitik versagt.

Viele führen die USA als ein Land an, in dem der Staat genau das tut. Das ist jedoch vollkommen falsch. In den USA hat der Staat ohne wenn und aber die Verantwortung für die Menge der Jobs übernommen, die die Volkswirtschaft braucht, um ohne ein starkes soziales Netz auskommen zu können. In Deutschland machen wir amerikanische Verhältnisse am Arbeitsmarkt, ohne amerikanische Verhältnisse in der Wirtschaftspolitik einzuführen.